

## Holger Bonin

### »SO WIE DIE ZUWANDERUNG LÄUFT, LÄUFT SIE FALSCH.«



**Holger Bonin** leitet die Arbeitsmarktabteilung am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und lehrt Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an der Universität Kassel. Zu seinen Hauptarbeitsgebieten zählen die Fachkräftesicherung und der demographische Wandel.

Deutschland im Spätherbst 2014 – die Asylsuchendenzahlen steigen, die Kommunen ächzen unter den Lasten der Aufnahme von immer mehr Flüchtlingen, und in Dresden gehen fremdenfeindliche Pegida-Anhänger auf die Straße. In diesem Klima fällt eine Nachricht auf fruchtbaren Boden. In einer vom Verfasser im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erstellten Studie steht, dass die bei uns lebenden Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft im Jahr 2012 im Durchschnitt pro Kopf 3300 Euro mehr an Steuern und Sozialbeiträgen zahlten, als sie persönlich an Sozialtransfers in Anspruch nahmen. Die positive Zahl verbreitet sich wie ein Lauffeuer durch die Medien, und bald dient sie in öffentlichen Debatten um Migration als Beleg dafür, dass Zuwanderung die deutschen Staatsfinanzen entlastet.

Die zum Teil fehlgehende öffentliche Rezeption der Studie ruft Hans-Werner Sinn auf den Plan. Er hat am ifo schon vor gut zehn Jahren eigene Rechnungen zu den fiskalischen Beiträ-

gen von Zuwanderern angestellt und erkannt: Die scheinbare Entlastung des Staatsbudgets kommt zustande, weil die nun überall zitierte Steuer-Transfer-Bilanz die Kosten für die allgemeinen Staatsausgaben nicht enthält. In einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* stellt er klar, dass sich bei Berücksichtigung sämtlicher staatlicher Aktivitäten für die Ausländer eine Negativbilanz ergeben muss. Dieses Minus für den Staat ist eine mit den deutlichen Defiziten bei der ökonomischen Integration verbundene Tatsache, auf die auch die Bertelsmann-Studie deutlich hinweist. Damit lässt sich der Artikel auch als Kritik an Medien lesen, die wissenschaftliche Befunde durch mangelnde Differenzierung entstellen und so dem Misstrauen der Bürger gegenüber journalistischer Arbeit Nahrung geben.

Außerdem bedient Sinn diejenigen, die sich angesichts der breiter werdenden Migrationsströme Sorgen machen, mit einem seiner prägnanten Merksätze: »So wie die Zuwanderung

derzeit läuft, läuft sie falsch.« Damit heizt er die hitzig geführte Diskussion um die richtige Regulierung der Zuwanderung und um ein Zuwanderungsgesetz noch einmal an – und wird dafür von Teilen der Medien und der Öffentlichkeit in diffamierender Weise weit an den rechten Rand des politischen Meinungsspektrums gerückt. Dabei spielt Sinn auch jetzt nur seine lange gefundene Rolle des migrationspolitischen Mahners, der die ökonomischen Vorteile grenzüberschreitender Mobilität selbstverständlich kennt, aber auch die möglichen unerwünschten Begleiterscheinungen sieht und darum vor ungesteuerter Zuwanderung warnt.

Sinns migrationspolitische Überzeugungen gründen sich auf eigene Untersuchungen zu den Folgen der Erweiterung des gemeinsamen Arbeitsmarkts nach dem EU-Beitritt der durch niedrige Löhne und soziale Sicherungsniveaus geprägten osteuropäischen Staaten. Seine Studien zeigen, wie durch Arbeitnehmerfreizügigkeit bei starren Arbeitsmärkten Beschäftigung und soziale Absicherung von Geringqualifizierten unter Druck geraten können und dass Länder wie Deutschland, die über das Staatsbudget eher stark umverteilen, Gefahr laufen, mehr und geringer qualifizierte Migranten anzuziehen, als es ökonomisch optimal wäre. Die von Sinn oft wiederholte Forderung, Migranten erst einmal nicht den vollen Zugang zu staatlichen Transfers zu geben, um Zuwanderung in Arbeitslosigkeit oder den Sozialstaat zu vermeiden, hat damit einen formal relativ einfachen, aber dennoch mächtigen theoretischen Kern.

Die ökonomisch fundierten Argumente heben Sinns Beiträge aus der oft durch Emotionen und Ressentiments geprägten Migrationsdebatte heraus. Obwohl Sinn in der Diskussion um die fiskalischen Effekte der Zuwanderung auch als Person ungewöhnlich scharf angegriffen wird, vermeidet er durch äußerst fairen Umgang mit der Bertelsmann-Studie und ihrem Verfasser auch diesmal jede Unsachlichkeit. Vielmehr bleibt er – und das ist typisch für Hans-Werner Sinn – strikt bei der Theorie und versucht, sein auf der Clubgüter-Theorie basierendes Argument, dass jedem hinzukommenden Ausländer der durchschnittliche Aufwand für die öffentliche Infrastruktur zuzurechnen ist, selbst wenn der Staat kurzfristig gar nicht mehr dafür ausgibt, auch für Laien verständlich zu machen.

Allerdings kommt auch Sinn dabei nicht um Vereinfachungen herum. So sagt er nichts dazu, ob die deutsche Infrastruktur überhaupt die optimale Betriebsgröße hat, was der Fall sein muss, damit das von ihm ins Feld geführte Theorem gilt. Vor allem aber vermeidet er Hinweise auf Daten, die dafür sprechen könnten, dass die Zuwanderung nach Deutschland zuletzt doch gar nicht so falsch gelaufen ist. Die zuletzt stark verbesserte Qualifikation von Neuzuwanderern und die hohen Beschäftigungsraten osteuropäischer Zuwanderer etwa passen nicht gut zu seiner migrationspolitischen Botschaft. Vielleicht ist Hans-Werner Sinn, wie viele exzellente Theoretiker, Skeptiker und misstraut guten Anzeichen. Mit Sicherheit aber weiß er, dass man die Öffentlichkeit am besten durch eindeutige Aussagen gewinnt.